

**VOLKSEIGENER EINZELHANDELSBETRIEB**

Handelsgesellschaft mbH  
Rotschauer Str. 1  
Reichenbach  
9800

**REICHENBACH**

Volkseigener Einzelhandelsbetrieb (HO)  
Rotschauer Straße 1 · Reichenbach · 9800

2011 17.7.90

Ministerpräsident  
Herrn Lothar de Maiziere  
Parteivorstand der CDU  
Otto-Nuschke-Str. 59/60  
B e r l i n

1 0 8 6

Büro des Ministerpräsidenten  
Geschäftsstelle der Leitung  
Klosterstraße 47  
Berlin  
1020  
Eing.-Nr. 21304  
1 3. JULI 1990

Sekretariat Dr. Klepel

Eing.: 16.7.90

Nr.: 1030

Datum

11. Juli 1990

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Rufnummer

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Die Beschlüsse der Volkskammer vom vergangenen Wochenende zur Entflechtung des Handels bewegen die Mitarbeiter der rehad mbH Reichenbach (ehemals HO Reichenbach) sehr.

Bevor der Wettbewerb um den Kunden unter marktwirtschaftlichen Bedingungen überhaupt beginnen kann, wird entschieden, daß den Handelsbetrieben die Existenzgrundlage entzogen werden soll.

Für uns stellt sich die Frage: Sollen wir für die Mißwirtschaft der Vergangenheit büßen, indem mit dem Handelskapital die Schulden des Staates ausgeglichen werden?

Die massiven Vorwürfe der letzten Zeit gegenüber dem Handel aller Eigentumsformen sind in solch einer pauschalen Verurteilung des Einzelhandels nicht gerechtfertigt! Die Mitarbeiter hinter dem Ladentisch waren schon unter den Bedingungen der Planwirtschaft der Sündenbock für die Kunden, der Blitzableiter für den Käufer, wenn dieser notwendige Waren entweder überhaupt nicht oder nur in unzureichender Menge und Qualität erhalten konnte. Soll das jetzt weiter so gehen?

Bereits in den vergangenen Monaten wurden sichtbare Lücken im Angebot des Einzelhandels den Händlern angelastet. Bemühungen vielfältiger Art, ausreichend Ware zu beschaffen, hatte nur bedingt Erfolg, da unsere Lieferanten die Ware zu Billigst-Preisen lieber selbst verkauften, als sie dem Einzelhandel anzubieten.

Man mußte den Eindruck haben, daß in der DDR produzierte Waren "verhökert" wurden, um westlichen Erzeugnissen Platz zu machen. Weitere Ursachen für Sortimentslücken, die nicht vom Einzelhandel zu vertreten sind, wurden durch die Ministerin für Handel und Tourismus in den Medien genannt.



Dennoch wurde der schwarze Peter den Verkaufsstellen zugespielt. Gleiches geschieht nun wieder durch solche Vorwürfe wie:

- Preistreiberei durch HO und Konsum,
- Preismißbrauch durch den Einzelhandel wegen ungenügender Konkurrenz,
- Sicherung extremer Gewinne im Handel, usw.

Mit dem Übergang zur freien Marktwirtschaft und dem damit angeordneten Wegfall von Subventionen zur Sicherung realer Preise im Marktmechanismus wurden Rahmenbedingungen geschaffen, die nun wirklich nichts mit "Preistreiberei" oder "Machenschaften" von HO oder Konsum zu tun haben. Dazu kommt, daß vielen Kunden nicht bekannt ist, daß die Mehrwertsteuer von 7 % bzw. 14 % an das Finanzamt abzuführen ist und nicht in die "Taschen der Handelsbetriebe" fließt.

Wie überall erfolgt die Preisbildung auch im Einzelhandel auf der Grundlage der Abgabepreise der Zulieferbetriebe einschließlich des Großhandels. Wir haben massiven Einfluß darauf genommen, uns angebotene Abgabepreise zu überdenken bzw. Kalkulationsunterlagen zu überprüfen. Besonders gravierend waren dabei Abgabepreise für Milch und Molkereiprodukte, Brot und Backwaren sowie Fleisch- und Wurstwaren. Von einzelnen Lieferanten wurden wir informiert, daß noch vor ca. 14 Tagen durch das Landwirtschaftsministerium verbindliche Mindestpreise festgelegt wurden.

Ist das alles unseren Kunden bekannt?

Seit dem 02. 07. 1990 haben sich z. B. die Abgabepreise Fleisch bereits drei mal geändert und damit wurden innerhalb einer Woche drei mal die Ladenverkaufspreise zugunsten der Kunden geändert.

Wir fragen an dieser Stelle: Soll der Einzelhandel bereits nach fünf Tagen Marktwirtschaft kaputt gemacht werden? Es hat sich doch auch in anderen Ländern und insbesondere in der BRD bewiesen, daß kleine, private Einzelhändler bei der bestehenden Konkurrenz großer Supermärkte und Handelsketten allein kaum eine Überlebenschance haben. Zählen die hohen Leistungen der Beschäftigten des Handels in der Vergangenheit und insbesondere bei der Durchführung der Inventuren und der Umbewertung der Warenbestände zur Währungs- und Wirtschaftsunion gar nichts?


Die Vorwürfe gegen die Mitarbeiter des Handels sowie die beschlossenen Maßnahmen vom Wochenende zur Entflechtung des Handels waren uns Anlaß, eine Preisüberprüfung durch das Landratsamt noch am Montag, den 9. 7. 1990 zu beantragen, die auch durchgeführt wurde.


Im Ergebnis dieser Preisprüfung in der Handelseinrichtung konnte festgestellt werden, daß kein Preismißbrauch vorliegt und nicht ein einziger der überprüften Preise über dem Durchschnittsniveau der BRD liegt.



Im Namen einer Vielzahl von Mitarbeitern der "rehag mbH" Reichenbach fordern wir, auch uns eine Chance einzuräumen, um als eigenständiges Unternehmen unsere Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz unter den neuen Marktmechanismen beweisen zu können.

Selbst bei Übernahme von Versorgungseinrichtungen durch eigene Mitarbeiter würde eine Vielzahl von Arbeitsplätzen verloren gehen (Werbung, Fuhrpark, Berufsausbildung, Verwaltung, usw.), für die es im Territorium gegenwärtig keine Alternativen gibt.

  
Belegschafts-  
vertretung

  
amt. Geschäftsführer



VOLKEIGENER EINZELHANDELSBETRIEB

SONNEBERG



688/197.90

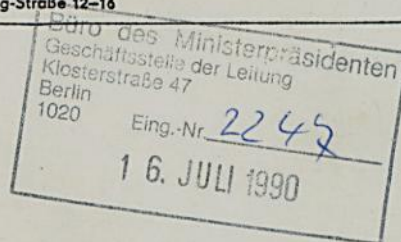
Volkseigener Einzelhandelsbetrieb (HO) - 6400 Sonneberg - Gustav-König-Straße 12-16

Ministerrat der DDR  
z.Hd.d.Ministerpräsidenten  
Herrn Lothar de Maiziere

Klosterstraße 47

B e r l i n

1 0 2 0



Sekretariat Dr. Klepel

Eing.: 17.7.90

Nr.: 1070 17.7.90

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

6400 SONNEBERG

Datum

o.2./ds

10.7.90

Betreff:

Protestresolution  
der Arbeitnehmer der NEUMA Handelsgesellschaft Sonneberg mbH i.G.,  
TIFAMA Handelsgesellschaft mbH, LEMA Handelsgesellschaft mbH,  
Gastro-Service GmbH und Gaststätte "Am Wolkenrasen" Betriebs-  
GmbH Sonneberg

Werter Herr Ministerpräsident!

Mit großer Sorge und Empörung haben wir den Beschluß der Volkskammer über die Auflösung und den Verkauf von HO, Konsum und der Großhandelsgesellschaften, den Verkauf von Grund und Boden, Gebäuden, Anlagen und beweglichen Grundmitteln am Freitag letzter Woche zur Kenntnis genommen.

Viel Verständnis haben die Arbeitnehmer den gefaßten Gesetzen über die Bildung der Treuhandanstalt und Verwaltung des von diesen Mitarbeitern erarbeiteten Staatseigentums entgegengebracht. In Fortführung des Treuhandgesetzes erwarten wir die Übergabe des verwalteten Staatseigentums an die Arbeitnehmer der Betriebe bzw. die Einordnung des Vorkaufsrechtes.

40 Jahre lang wurden wir als Arbeitnehmer um unseren gerechten Lohn betrogen, aber die jetzt getroffene Festlegung zum Verkauf des durch die Arbeitnehmer erarbeiteten Eigentums übertreffen alle bisherigen Skrupel.

Mit größter Ironie und Überheblichkeit treten seit Monaten Westdeutsche in unserer neu gebildeten GmbH auf und fühlen sich schon als die neuen Besitzer oder Eigentümer, mit dem Hinweis, daß wir alle überflüssig sind und sie unser Eigentum "für ein Butterbrot" erhalten.

Wir fragen uns, ob dieser Beschluß nicht genau das ist, was dubiose Geschäftemacher seit Monaten erreichen wollten. Hat man nun endlich einen Aufhänger (Preise) gefunden, um diese Ziele zu verwirklichen?

Die Preise in unseren Handelsbetrieben werden aufgenommen und sind nicht in der Kritik. Das Preischaos entstand in der Republik durch mangelnde und unqualifizierte Information von Seiten des Ministeriums und anderer Organe (z.B. Preishochziehungen bei Kinderbedarf, Preisstürze in unvertretbaren Größen, Hinweise

2

Ruf: 501  
Bankverbindung: Staatsbank Sbg., Kto.-Nr. 4721-14-1

Fernschreiber: 62 88132

Telefon: Eigenbedarf 23 91 · Werbeabteilung 23 57

Betriebsnummer: 05947003



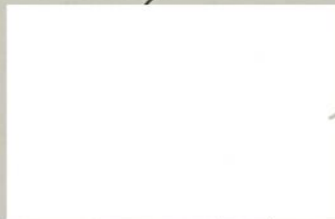
auf Handelsspannen, die in der BRD angewandt werden und Anwendung von Preisen der BRD durch das Ministerium für Handel und Touristik). In der Marktwirtschaft reguliert sich der Preis automatisch und in wenigen Wochen werden die Preise stimmen. Es fragt sich, ob die Preise dann stimmen, wenn wir von den großen Ketten der BRD aufgekauft sind und im Markt beherrscht werden.

Wir sind durch die Kapitalisierung Kleinstbetrieb geworden.

Wir fordern:

1. Sofortige Rücknahme des Beschlusses der Volkskammer
2. Festlegung von Maßnahmen zur Vermeidung von Preistreibereien  
Durchführung der angekündigten Preisuntersuchungen in der DDR
3. Maßnahmen zur Stabilisierung der neu gegründeten GmbH's/  
Handel der DDR

Sollten die Forderungen keine Berücksichtigung finden, werden wir weitere Kampfmaßnahmen durchführen.



Interessenvertreter der  
NEUMA Handelsgesellschaft  
Sonneberg mbH i.G.

Verteiler:

- Ministerpräsident
- Ministerium für Handel und  
Touristik
- Deutscher Fernsehfunk
- Landratsamt Sonneberg
- Bürgermeister der Stadt  
Sonneberg
- Treuhandanstalt